

Wenn Maskenbedarf Durst wäre: Ein Sattelzug Wasser für jede Familie

Stellen wir uns vor, der Maskenbedarf während der Coronakrise wäre der Wasserdurst einer Familie:

Ein Bürger ist verheiratet und hat zwei Kinder. Jedes Familienmitglied trinkt täglich zwei Liter Wasser. Die vierköpfige Familie benötigt somit insgesamt acht Liter am Tag.

In einer plötzlich auftretenden Krise soll zunächst der Wasserbedarf für drei Monate gesichert werden. Aus großer Vorsicht kauft die Familie jedoch nicht nur für drei Monate ein, sondern gleich für ungefähr fünf Jahre und zwei Monate.

- täglicher Bedarf der Familie: 8 Liter
- Bedarf für ungefähr 62 Monate: rund 15.120 Liter
- Inhalt einer Wasserkiste: 12 Liter
- benötigte Menge: 1.260 Wasserkisten
- Gewicht einer Kiste: ungefähr 15 Kilogramm
- Gesamtgewicht: rund 18,9 Tonnen

Wegen ihres Ladevolumens benötigen die 1.260 Wasserkisten nach unserer Modellannahme einen vollständigen Sattelzug. Eine einzige vierköpfige Familie braucht also plötzlich einen ganzen Sattelzug Wasser.

Der Notgroschen vom Steuerzahler

Eine Wasserkiste kostet 8 Euro. Zusätzlich fallen 4,50 Euro Pfand an:

- Wasser: $1.260 \times 8 \text{ Euro} = 10.080 \text{ Euro}$
- Pfand: $1.260 \times 4,50 \text{ Euro} = 5.670 \text{ Euro}$
- benötigter Notgroschen: 15.750 Euro

Die Familie müsste sich vom Steuerzahler kurzfristig 15.750 Euro geben lassen. Kosten für Transport, Lagerung, Qualitätskontrollen und eine mögliche spätere Entsorgung sind darin noch nicht enthalten.

Nun bestellt aber nicht nur eine Familie. Sämtliche Familien im Dorf oder Stadtteil wollen gleichzeitig ihren Wasservorrat für mehr als fünf Jahre sichern. Die kurzfristig verfügbaren nationalen Vorräte reichen dafür nicht aus. Deshalb muss zusätzliches Wasser auf dem internationalen Markt eingekauft und aus dem Ausland nach Deutschland transportiert werden.

Für eine solche Großbestellung werden enorme internationale Einkaufs-, Transport- und Lagerkapazitäten benötigt. Große Expeditionen und entsprechend leistungsfähige Unternehmensverbünde verfügen dafür über besonders geeignete Strukturen.

- eine Familie: 1.260 Kisten und ein Sattelzug
- 100 Familien: 126.000 Kisten und 100 Sattelzüge
- 1.000 Familien: 1,26 Millionen Kisten und 1.000 Sattelzüge
- 10.000 Familien: 12,6 Millionen Kisten und 10.000 Sattelzüge

Für 1.000 Familien müsste der Steuerzahler 15,75 Millionen Euro bereitstellen. Bei 10.000 Familien wären es bereits 157,5 Millionen Euro.

Hochrechnung auf ganz Deutschland

Ende 2020 lebten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes rund 83,2 Millionen Menschen in Deutschland. Teilt man die Bevölkerung für diesen Vergleich vollständig in Vierpersonenfamilien auf, entstehen rechnerisch ungefähr 20,8 Millionen Familien.

Wenn jede dieser Familien ihren Wasserbedarf für fünf Jahre und zwei Monate auf einmal bestellt, ergibt sich:

- rund 20,8 Millionen Familien
- rund 20,8 Millionen Sattelzüge
- etwa 26,2 Milliarden Wasserkisten
- rund 314 Milliarden Liter Wasser
- Gesamtgewicht: ungefähr 393 Millionen Tonnen

Auch der benötigte Notgroschen erreicht eine außergewöhnliche Größenordnung:

- Wasserpreis: rund 209,6 Milliarden Euro
- Pfand: rund 117,9 Milliarden Euro
- Gesamtsumme: rund 327,4 Milliarden Euro

Der Steuerzahler müsste den Familien somit einen Notgroschen von ungefähr 327 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Die Kosten für den internationalen Einkauf, den Transport, die Lagerhallen, die Qualitätskontrollen und eine mögliche spätere Entsorgung wären darin noch nicht enthalten.

Deutschland würde nach dieser Modellrechnung plötzlich ungefähr 20,8 Millionen Sattelzüge Wasser benötigen. Das wäre keine normale Notversorgung mehr, sondern ein Vorrat für mehr als fünf Jahre - geliefert auf jeweils einem Sattelzug für jede rechnerische Vierpersonenfamilie.

Der große Wasserrausch

Der Bürger handelte in Panik. Seine Nachbarn ebenfalls. Bald war die ganze Republik überzeugt, dass ein Mensch ohne persönlichen Sattelzug Wasser offenbar leichtfertig mit seiner Zukunft umging.

Für Wasserhändler, Vermittler und Spediteure begann dagegen eine ausgesprochen erfrischende Zeit. Wo andere eine Krise sahen, entdeckten sie eine sprudelnde Einnahmequelle. Es war Goldgräberstimmung - nur musste niemand mühsam nach Gold graben. Es genügte, Wasser aufzutreiben, einen Kontakt herzustellen oder einen Sattelzug bereitzustellen. Bezahlt wurde schließlich aus dem scheinbar niemals versiegenden Brunnen des Steuerzahlers.

Der Bürger stellte keine lästigen Fragen. Warum auch? In einer Paniklage zählt Geschwindigkeit - und wer schnell genug bestellt, hat offenbar keine Zeit mehr zum Rechnen. Ob der Vorrat drei Monate oder mehr als fünf Jahre reicht, ist schließlich nur ein unbedeutender Unterschied von ungefähr 59 Monaten.

So rollten die Sattelzüge, die Rechnungen wurden geschrieben und der Notgroschen wurde großzügig verteilt. Bedarf, Preis, Qualität, Lagerung und spätere Verwendung konnten anschließend in aller Ruhe geklärt werden. Man wollte die Krise schließlich nicht durch übertriebene Planung unnötig verzögern.

Als die Panik nach ungefähr zwei Jahren nachließ, betrachtete der Bürger seinen gewaltigen Wasservorrat und stellte überraschend fest: Der Sattelzug war noch immer nicht leer.

Plötzlich kamen diese unangenehmen Fragen auf:

Warum wurde überhaupt so viel bestellt? Hat während des Goldrauschs niemand nachgerechnet? War die politische Führung vom Krisendruck überwältigt? Waren Kontrolle und Koordination ebenfalls in Quarantäne? Oder hielt man den Geldbeutel des Steuerzahlers irrtümlich für eine Quelle mit unbegrenztem Zufluss?

Vielleicht lautete die damalige Krisenformel schlicht:

Bedarf für drei Monate feststellen, Vorrat für fünf Jahre bestellen und die Erklärung auf später verschieben.

Aus einer vernünftigen Notversorgung wurde so ein logistisches Meisterwerk: Jede Familie erhielt gedanklich einen Sattelzug Wasser, die Händler erhielten Aufträge und der Steuerzahler durfte die wichtigste Rolle übernehmen - zahlen, ohne durch übermäßige Nachfragen den reibungslosen Ablauf zu gefährden.

Eine irre Geschichte? Unfassbar? Oder waren hier tatsächlich alle Maßstäbe außer Kraft gesetzt? Jedenfalls bleibt eine Frage, die auch nach dem Ende der Panik niemand mit dem Hinweis auf Zeitdruck beiseiteschieben sollte: Wie konnte aus einem dringlichen Dreimonatsbedarf eine Beschaffung von mehr als zwanzig Dreimonatsbedarfen werden?

Die Übertragung auf die Maskenbeschaffung

Der Bundesrechnungshof nennt einen ursprünglich angenommenen dringlichen Bedarf für drei Monate von:

- 75 Millionen partikelfiltrierenden Halbmasken
- 200 Millionen medizinischen Masken
- zusammen 275 Millionen Masken

Tatsächlich wurden rund 5,7 Milliarden Masken beschafft. Das entsprach rechnerisch:

- etwa 20,7 Dreimonatsbedarfen
- ungefähr 62 Versorgungsmonaten
- rund fünf Jahren und zwei Monaten

Von März 2020 aus gerechnet hätte diese Menge theoretisch bis ungefähr Mai 2025 gereicht.

Die Bundesregierung gab das Bestellvolumen für das Jahr 2020 mit 5,706 Milliarden Masken im Wert von 5,876 Milliarden Euro an. Bildlich gesprochen entspricht diese Summe ungefähr 29,4 Millionen 200-Euro-Scheinen.

Quellen

Bundesrechnungshof: [Schutzmasken: weit über Bedarf beschafft, kaum Nutzen](#). Der Bericht nennt den dringlichen Dreimonatsbedarf von insgesamt 275 Millionen Masken und kritisiert die Überbeschaffung.

Deutscher Bundestag: [Drucksache 19/25446, Seite 2](#). Dort werden 5,706 Milliarden bestellte Masken und ein Bestellvolumen von 5,876 Milliarden Euro ausgewiesen.

Statistisches Bundesamt: [Bevölkerung Deutschlands im Jahr 2020](#). Ende 2020 lebten rund 83,2 Millionen Menschen in Deutschland.